

Inhalt

Innovationen gezielt fördern.....	2
Veranstalter sollen für Sicherheit garantieren.....	2
Bizarre Auseinandersetzung über Teilnehmerzahlen.....	2
Corona-Berichte: Wer hat den Tunnelblick?.....	2
Solinger Tragödie: Kinder instrumentalisiert.....	3
Journalismus und Aktivismus.....	3
Rückgang an Ausbildungsplätzen.....	3
Lehrer/innen: Nachsitzen in Sachen Medienkunde.....	3
Whistleblower umfassend schützen.....	4
Medienstaatsvertrag: Neue Selbstkontrolle?.....	4
Umstrittene taz-Kolumne: Presserat sieht keinen Verstoß.....	4
„Das Maß ist voll“: Druck über Gebühr.....	4
Druck auf WDR-Spitze: Leuchttürme erhalten!.....	5
Noch ein Kodex: Presse und Polizei	5
Bundesverfassungsgericht soll Journalisten gleichbehandeln.....	5
EP-Sonderkomitee gegen Desinformation.....	5
Twitter mit Hinweis auf Staatsmedien.....	6

IQ: Infos & Ideen

Innovationen gezielt fördern

Mit einer wissenschaftlichen Stoffsammlung und vielen praktischen Tipps plädieren die Medienwissenschaftler Christopher Buschow (Weimar) und Christian-Mathias Wellbrock (Köln) dafür, gezielt und systematisch Innovationen im Journalismus zu fördern – durch Bildungsarbeit, Förderprogramme und Investitionen vor allem der öffentlichen Hand. Die übrigen potenziellen Finanzierungsarten via Crowdfunding und Stiftungen böten keine ausreichenden Mittel für eine auch längerfristige Start-up-Förderung, die sich aber gerade im Journalismus als notwendig erweise. Die Autoren verweisen in ihrem Gutachten für die Landesmedienanstalt NRW auf die soeben vom Bund aufgelegte 220-Millionen-Pressförderung.

Weitere Informationen: [Gutachten](#) (pdf); [Zusammenfassung](#) (pdf)

Kontakt: Prof. Dr. Christopher [Buschow](#), Prof. Dr. Christian-Mathias [Wellbrock](#)

Veranstalter sollen für Sicherheit garantieren

Nach erneuten Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten während Demonstrationen von Corona-Leugnern fordert IQ-Partner DJV von den Veranstaltern, für die Sicherheit von Journalisten zu garantieren. Dies müsse zu den Auflagen der Versammlungsbehörden gehören. Damit könne eine Verschärfung des Demonstrationsrechts vermieden werden, über die in der Politik diskutiert wird. Bei einer Berliner Demonstration hatte ein ZDF-Team aufgrund tätlicher Angriffe seinen Dreh abbrechen müssen.

Weitere Informationen: DJV-[Mitteilung](#)

Kontakt: Hendrik [Zörner](#), DJV-Pressesprecher

Bizarre Auseinandersetzung über Teilnehmerzahlen

Bestand der große Protestzug gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin aus bis zu 20.000 Teilnehmenden, wie die Polizei vermeldete, oder aus 3,5 Millionen, wie Teile der Veranstalter in den digitalen Netzwerken propagierten? Die Luftaufnahmen von riesigen Menschenmassen, mit denen Corona-Leugner ihre Behauptung im Netz zu belegen versuchten, stammten jedoch nicht von der Demo Anfang August, sondern von der Love-Parade aus dem Jahr 2001. Dies wiesen die Mitarbeiter/innen von „Correctiv“ nach, die sowohl Polizeiangaben als auch Behauptungen der Veranstalter und Teilnehmergruppen prüften. Diese hatten mit ihren Angaben versucht, die Medienberichterstattung zu diskreditieren, die sich weitgehend auf die Polizeiberichte stützten.

Weitere Informationen: [Faktencheck](#) von „Correctiv“

Kontakt: Uschi [Jonas](#), „Correctiv“-Autorin

Corona-Berichte: Wer hat den Tunnelblick?

Kontroverse zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern und einem Forscherteam: Dennis Gräf und Martin Hennig von der Universität Passau haben den Anstalten eine staatsfreundliche Inszenierung der Corona-Krise vorgehalten. Die Kulturwissenschaftler untersuchten 93 Ausgaben von „ZDF Spezial“ und „ARD Extra“ zwischen März und Mai und kamen zu dem Schluss, dass Krisenrhetorik und Katastrophenstimmung in Wort, Bild und Ton vorherrschten sowie eine affirmative Grundeinstellung gegenüber dem staatlichen Handeln. Das veröffentlichten sie unter dem Titel „Die Verengung der Welt“ und riefen damit die Programmverantwortlichen auf den Plan, die die Kritik zurückwiesen. FAZ-Medienjournalist Michael Hanfeld beschreibt den Konflikt.

Weitere Informationen: [Studie](#); [Beitrag](#) Uni Passau; [FAZ-Beitrag](#)

Kontakt: Dr. Dennis [Gräf](#), Dr. Martin [Hennig](#) (Uni Passau); Michael [Hanfeld](#), FAZ-Autor

Solinger Tragödie: Kinder instrumentalisiert

Neuer Tiefpunkt journalistischen Handelns in Zusammenhang mit der Familientragödie in Solingen, bei der Anfang September eine Mutter mutmaßlich fünf ihrer Kinder tötete. Nur der zwölfjährige Sohn überlebte. „Bild“ und RTL haben den elfjährigen Freund des Jungen interviewt und aus WhatsApp-Nachrichten zitiert, die dieser unter dem Eindruck der ihm gerade bekannt gewordenen Tat geschrieben hatte. Der Mainzer Medienprofessor Tanjev Schultz nannte den Vorgang „eine Schande für den Journalismus“: „Man braucht nicht in den Feinheiten der Ethik bewandert zu sein, um zu begreifen, dass Kinder nicht für die Berichterstattung instrumentalisiert werden dürfen.“ Nach einem Shitstorm zog „Bild“ seine Berichterstattung zurück. Der Presserat hat entsprechend viele Beschwerden erhalten und wird sich mit dem Fall befassen.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) von Tanjev Schultz
Kontakt: Prof. Dr. Tanjev [Schultz](#), Uni Mainz

Journalismus und Aktivismus

Dürfen sich Aktivisten als „Crowd-Reporter“ an journalistischen Recherchen beteiligen? Das gemeinnützige Recherche-Projekt „Correctiv“ meint: Ja. Und untersuchte gemeinsam mit Klimaaktivisten von „Fridays for Future“ die Beteiligung von Kommunen an der Kohleverstromung. Damit sollten die Bürger/innen ein Bild von der Klimapolitik in ihrer Stadt gewinnen können, begründete Chefredakteur Justus von Daniels gegenüber der „Welt am Sonntag“ die Recherche, die ohne Beteiligung der „Crowd-Reporter“ nicht zu stemmen gewesen sei. Medienkritiker/innen und Journalistenverbände sehen die Kooperation mit Blick auf die Unabhängigkeit professioneller Berichterstattung kritisch.

Weitere Informationen: „Welt“-[Beitrag](#)
Kontakt: Justus [von Daniels](#), Correctiv

Rückgang an Ausbildungsplätzen

Einen Rückgang der Bewerbungszahlen um rund 25 Prozent verzeichnen die Medienhäuser und Ausbildungsinstitutionen in den letzten zehn Jahren. Das ermittelte das ARD-Medienmagazin ZAPP per Umfrage. Die Autoren nahmen das drohende Aus für die Evangelische Journalistenschule in Berlin zum Anlass, Fakten und Meinungen zur Situation der Journalistenausbildung zu sammeln.

Weitere Informationen: ZAPP-[Beitrag](#)
Kontakt: Marvin [Milatz](#), Datenjournalist und Mitautor

Lehrer/innen: Nachsitzen in Sachen Medienkunde

Sie legen großen Wert auf Vermittlung von Nachrichtenkompetenz im Unterricht, weisen aber selbst erhebliche Defizite auf: Lehrer/innen haben zum Teil eine falsche Vorstellung von dem, was zur öffentlichen Aufgabe von Journalismus zählt, welche Bedingungen an eine journalistische Berufsausübung geknüpft sind und welchen Einfluss Politiker/innen bzw. die Regierung auf die journalistischen Inhalte haben. Dies ergab eine Allensbach-Studie im Auftrag der Zeitungsverleger. Zudem ist das Vertrauen der Lehrer/innen in die Medien nicht allzu ausgeprägt – im Osten noch weniger als im Westen.

Weitere Informationen: Allensbach-[Studie](#) (pdf); [Zusammenfassung](#)
Kontakt: Anja [Pasquay](#), BDZV-Pressesprecherin

Whistleblower umfassend schützen

Mit einem ausführlichen Gutachten hat der DGB Argumente dafür gewonnen, die Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht zu einem umfassenden Whistleblower-Schutz zu nutzen. Die EU-Richtlinie schützt Whistleblower nur dann, wenn sie auf nach europäischem Recht geltende Straftaten hinweisen. Beispielsweise könne damit zwar Geldwäsche angezeigt werden, nicht aber Zwangsprostitution, da Letztere nur nationales Recht betrifft, teilte der DGB mit. Damit würde die Situation für Whistleblower zusätzlich erschwert und unübersichtlich gemacht. Das Whistleblower-Netzwerk hat sich der Ansicht des DGB und seines Gutachtens angeschlossen.

Weitere Informationen: [Gutachten](#) zum Whistleblower-Schutz (pdf; Zusammenfassung Seiten 175-183)
Kontakt: Annegret [Falter](#), Vorsitzende Whistleblower-Netzwerk

Medienstaatsvertrag: Neue Selbstkontrolle?

Der neue Medienstaatsvertrag lässt für die Sorgfalts-Kontrolle der Onlinemedien mit journalistisch-redaktionellen Inhalten grundsätzlich neue Institutionen der Selbstkontrolle zu. Bisher ist der Deutsche Presserat zuständig, wenn sich die Anbieter auf den Pressekodex verpflichten und sich somit freiwillig dem Gremium unterwerfen, das ohnehin für Online-Inhalte der Presse zuständig ist. Die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) konzentriert sich zurzeit auf den Jugendmedienschutz. Der ab Oktober gültige Medienstaatsvertrag sieht allgemein vor, dass sich die Anbieter einer anerkannten Organisation der Freiwilligen Selbstkontrolle anschließen können, für die bestimmte Voraussetzungen beschrieben werden. Die Landesmedienanstalten als staatsferne Medienaufsicht können Entscheidungen an sich ziehen.

Weitere Informationen: [Medienstaatsvertrag](#) (pdf, v.a. § 19, Seiten 24-26)
Kontakt: Dr. Wolfgang [Kreißig](#) (Landesmedienanstalten, DLM); Roman [Portack](#) (GF Deutscher Presserat); Martin [Drechsler](#) (GF FSM)

Umstrittene taz-Kolumne: Presserat sieht keinen Verstoß

Fast 400 Beschwerden gingen beim Presserat ein, und sogar Bundesinnenminister Horst Seehofer war unter den Beschwerdeführern: Eine polizeikritische Kolumne in der taz löste eine Welle der Empörung aus. Die Autorin hatte der Polizei „Berufsunfähigkeit“ attestiert, ihre Abschaffung gefordert und eine Weiterverwendung höchstens auf einer Mülldeponie gesehen. „Von der Meinungsfreiheit gedeckt“, entschied der Presserat und erklärte, dass die Polizei als Teil der Exekutive sich scharfe Kritik der Presse gefallen lassen müsse. Horst Seehofer kritisierte die Entscheidung als „unerträgliche Verharmlosung“. Der Presserat erteilte im September insgesamt 15 Rügen, davon allein sechs gegen Bild und Bild.de.

Weitere Informationen: [Erklärung](#) des Presserats; [Entscheidungen 1](#), [Entscheidungen 2](#)
Kontakt: Sonja [Volkmann-Schluck](#), Pressesprecherin Presserat

„Das Maß ist voll“: Druck über Gebühr

CDU-Politiker aus Sachsen-Anhalt haben eine inkriminierte Satire von „funk“, dem Jugendangebot von ARD und ZDF, zum Anlass nehmen wollen, die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrags abzulehnen, die des Plazets aller Landesparlamente bedarf. „Das Maß ist voll“, twitterte der medienpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Markus Kurze, und unterstützte damit seinen Fraktionskollegen Sven Schulze, der mit Blick auf die Satire das Nein seiner Partei verkündet hatte. DJV-Vorsitzender Frank Überall sprach von „Zensur“ und verwies auf die Tatsache, dass über die Zulässigkeit von Satire noch immer Gerichte entschieden. Außerdem untersage die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich eine Kopplung von Rundfunkbeitrag und redaktionellen Inhalten.

Weitere Informationen: DJV-[Pressemitteilung](#)
Kontakt: Hendrik [Zörner](#), DJV-Pressesprecher

Druck auf WDR-Spitze: Leuchttürme erhalten!

Gegen eine Programmreform im WDR-Hörfunk formiert sich Widerstand der Mitarbeiter/innen, aber auch der Zuhörer und Zuhörerinnen. Sie fürchten um die journalistischen Leuchttürme des Senders, unter anderem die Formate „Stichtag“ und „Zeitzeichen“, die an geschichtliche Ereignisse oder Personen erinnern, sowie um die Informationssendungen „Mittagsecho“ und „Berichte von heute“, die bisher in Zusammenarbeit mit dem NDR Aktuelles zum Tage bringen. Der NDR will sich in seinem Sparprogramm von diesen gemeinsamen Sendungen verabschieden, und der WDR sieht sich nicht in der Lage, diese allein fortzusetzen. Inzwischen gab es das Signal, dass das viertelstündige „Zeitzeichen“ erhalten bleiben soll (wenn auch auf einem anderen Sendeplatz); allerdings steht den Autoren dafür weniger Honorar zur Verfügung, was sich auf die Produktion dieser bisherigen Qualitätsstücke auswirken dürfte. Mit einer großen Anzeige im „Kölner Stadt-Anzeiger“ haben sich mehr als hundert Prominente aus Medien, Politik, Unterhaltung und Kunst für die journalistische Qualität und den Erhalt der Sendungen eingesetzt. Sie sehen mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Auftrag, die anhaltende Gebührendebatte und das vermehrte Auftreten von Desinformation in den digitalen Netzwerken ein fatales Signal in solchen Streichungen. Noch haben Programmausschuss und Rundfunkrat kein grünes Licht für die von Intendant Tom Buhrow und Hörfunkdirektorin Valerie Weber eingeleitete Reform gegeben.

Weitere Informationen: [Offener Brief](#) (pdf)
Kontakt: Ingrid [Schmitz](#), Leiterin WDR-Kommunikation

Noch ein Kodex: Presse und Polizei

Das European Centre for Press & Media Freedom (ECPMF) in Leipzig hat einen Kodex veröffentlicht, der das Verhältnis zwischen Presse und Polizei verbessern soll. Der Deutsche Presserat, Berufsverbände sowie ARD und ZDF haben bereits 1993 gemeinsame, bundesweit gültige Verhaltensgrundsätze Presse/Polizei mit der Innenministerkonferenz vereinbart.

Weitere Informationen: ECPMF-[Kodex](#) mit Erläuterungen, [Pressemitteilung](#); zu den [Verhaltensregeln Presse/Polizei](#) (Presserat)
Kontakt: Martin [Hoffmann](#), ECPMF; Sonja [Volkmann-Schluck](#), Pressesprecherin Presserat

Bundesverfassungsgericht soll Journalisten gleichbehandeln

IQ-Partner Deutscher Presserat hat das Bundesverfassungsgericht aufgefordert, allen Journalistinnen und Journalisten den gleichen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Bisher erhalten die Mitglieder der Justizpressekonferenz Informationen aus Karlsruhe früher als andere; dies benachteilige Nichtmitglieder, kritisierte der frühere Presseratssprecher Volker Stennei. Eine gestaffelte Informationspolitik sei in anderen Gerichten nicht üblich.

Weitere Informationen: [Erklärung](#) des Presserats
Kontakt: Sonja [Volkmann-Schluck](#), Pressesprecherin

EP-Sonderkomitee gegen Desinformation

Das Europäische Parlament hat einen Sonderausschuss gegründet, der sich mit digitaler ausländischer Einflussnahme beschäftigen soll. Ziel ist es, gegen Desinformation in digitalen Netzwerken vorzugehen. Vorsitzender des Komitees ist der französische Journalist und Europa-Abgeordnete Raphael Glucksmann.

Weitere Informationen: [Mitteilung](#) Europäisches Parlament (englisch), [Bericht](#) in der „Süddeutschen“
Kontakt: Raphael [Glucksmann](#)

Twitter mit Hinweis auf Staatsmedien

Twitter kennzeichnet neuerdings Tweets, die von russischen und chinesischen Nachrichtenmedien kommen, als „staatsnah“ und will mit diesem Warnhinweis Nutzer/innen helfen, zwischen unabhängigen Informationen und staatlich gelenkten Veröffentlichungen zu unterscheiden. Außerdem wird deren Reichweite eingeschränkt, weil sie nicht mehr vom Algorithmus empfohlen werden.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) in netzpolitik.org
Kontakt: Marie [Bröckling](#), Autorin

Qualität persönlich

Sascha **Borowski** (DJV, „Allgäuer Zeitung“) ist turnusgemäß zum neuen Sprecher des Deutschen Presserats gewählt worden. Er löst Volker **Stennei** vom BDZV in dieser Funktion ab. Stellvertreterin wurde Kirsten **von Hutten** (VDZ).

Qualität zum Nachlesen

Frauke **Gerlach** (Hg.): [Medienqualität](#). Diskurse aus dem Grimme-Institut zu Fernsehen, Internet und Radio. Bielefeld: Transcript Verlag, 2020

Michael **Haller**: [Die Reportage](#). Theorie und Praxis des Erzähljournalismus (7., komplett überarbeitete Auflage). Köln: von Halem, 2020

Judith **Möller**/Michael **Hameleers**/Frederik **Ferreau**: [Typen von Desinformation und Misinformation](#). Gutachten im Auftrag der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der Landesmedienanstalten. Berlin: ALM, 2020

Roland **Schatz** (Hg.): [Weißbuch](#). Bericht zu Lage der Informations-Qualität in Deutschland. Berlin: Mediatenor, 2020

[Relevant](#). Magazin des BDZV zur Corona-Krise.

Zitiert: Qualität in aller Munde

„Wer Qualitätsjournalismus will und wer das im Munde führt, der muss auch Geld für Ausbildung ausgeben. Und es ist nicht glaubwürdig, immer wieder zu betonen, wie wichtig uns in der Medienwelt der Qualitätsjournalismus ist, wenn man nicht bereit ist, Menschen auszubilden, die in der Lage sind, das umzusetzen.“

Oscar Tiefenthal, Leiter der Evangelischen Journalistenschule, in ZAPP

„Zum viel zitierten ‚Wächteramt‘ der Presse, welche die Mächtigen kontrolliert, kommt seit wenigen Jahren eine zweite, ungeschriebene Aufgabe hinzu: die Eindämmung demokratiezerstörender Social-Media-News. Zur Stabilisierung unseres Wertesystems und zur Vermeidung einer weiteren Spaltung der Gesellschaft bedarf es dringend eines Mehr an unabhängigem Journalismus, eines Mehr an objektiver und aufklärender Berichterstattung und eines Mehr an konstruktiv-kritischer Debatte.“

Verleger Dieter von Holtzbrinck zum 75-jährigen Bestehen des „Tagesspiegel“

„Das, was wir in dieser Zeit über die Möglichkeiten des Digitalen, agiles Arbeiten und Anpassungsfähigkeit lernen, wird uns und auch den Journalismus nachhaltig verändern.“

Steffi Dobmeier, stellv. Chefredakteurin „Schwäbische Zeitung“, in „Relevant“ über ihre Erfahrungen in der Corona-Krise

„Wichtig ist, dass man in den verschiedenen journalistischen Häusern sich ein handwerkliches Ethos bewahrt und professionellen, nicht impulsgetriebenen Journalismus betreibt.“

WDR-Intendant Tom Buhrow im Interview mit der FAZ

„Guter Journalismus ist weder positiv noch negativ, sondern genau und präzise.“
Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen im Journalist-Interview

„Zu glauben, man müsse auch abseitigen Ansichten eine Plattform bieten, ist ein journalistischer Kernfehler. Das schafft den Eindruck, dass der Unsinn seine Berechtigung hat.“
Wissenschaftsjournalist Dirk Steffens in „Spektrum der Wissenschaft“

Qualitätstreffs: Tagungen und Termine

Mit Blick auf die Corona-Krise wurden einzelne Konferenzen abgesagt bzw. aufs nächste Jahr verschoben. Die meisten Veranstaltungen werden konzeptionell umgestaltet und ausschließlich digital angeboten. Über den jeweiligen Stand informieren die Veranstalter.

- 5./6. Oktober in Wien: [European Publishing Congress](#)
- 8. - 10. Oktober aus Düsseldorf: [Hackathon](#) des JournalismusLabs
- 10. Oktober aus Stuttgart: [Medien Zukunft Festival](#) (online)
- 24. - 30. Oktober aus München: digitale [Medientage](#) München
- 4. November aus Bonn: Videokonferenz [IQ-Arbeitskreis](#)
- 8./9. November aus Magdeburg: DJV-[Verbandstag](#) (hybrid)
- 24. November aus Düsseldorf: Next Gen. [Medienversammlung](#) NRW
- 29./30. November in Freiburg: [Wissenswertes](#) für Wissenschaftsjournalismus
- 3. Dezember aus München: [Zukunftsforum](#) Zeitschriften

Sie möchten weitere Informationen bzw. kennen jemanden, der/die sich für IQ interessiert?

Rückmeldungen bitte an: Ulrike Kaiser, Initiative Qualität, Bennauerstraße 60, 53115 Bonn
privat: Tel. 02191 342309, info@ulrike-kaiser.de; www.initiative-qualitaet.de